

Flugzeugentführung DC-8 SwissairSitzung des Bundesrates vom 18. September 1970/15 Uhr

Zwei Gründe geben Anlass zur Sitzung: Einerseits die Entwicklung der Lage in Amman, welche das Politische Departement veranlasst, Appelle an die kämpfenden Truppen in Jordanien und Noten an gewisse arabische Staaten zu richten, anderseits ein Telegramm des Dachverbandes des fliegenden Personals der Swissair, der dringend eine Unterredung mit dem Bundesrat wünscht.

Der Chef des EPD orientiert zunächst über die Lage, soweit sichere Meldungen über die Entwicklung in Jordanien vorliegen. Er gibt u.a. Kenntnis von einem Lagebericht des französischen Botschafters in Amman, der in mancher Hinsicht sehr interessant und aufschlussreich ist, in tatsächlicher Hinsicht aber ebenfalls durch die Ereignisse bereits als überholt zu betrachten ist. Tatsache ist auf jeden Fall, dass sich die in der Umgebung von Amman gefangen gehaltenen Geiseln nun in grosser Gefahr befinden. Das Politische Departement hat deshalb schon im Verlaufe des Vormittags über den Schweizerischen Kurzwelldienst in englischer, französischer und arabischer Sprache einen Appell an alle Kämpfenden in Jordanien gerichtet mit dem Begehren, das Leben dieser Geiseln, die mit dem ganzen Konflikt nichts zu tun haben, zu schonen. Es scheint ferner angezeigt, dass weitere diplomatische Schritte unternommen werden, insbesondere bei jenen arabischen Staaten, denen die Möglichkeit einer Intervention offen steht. Der Chef des EPD erläutert dem Rat die in Aussicht genommenen Massnahmen, die in der allgemeinen Aussprache von allen Mitgliedern einmütig gebilligt werden.

Im zweiten Teil seiner Sitzung kommt der Rat auf die Eingabe des fliegenden Personals der Swissair zu sprechen, und der Chef des EPD teilt mit, dass vorgesehen ist, den Präsidenten dieser Vereinigung am Nachmittag um 16 Uhr zu empfangen. Der Rat ist auch damit einverstanden und bestellt die Herren Graber und Bonvin als Delegation.

Die Information wird in schriftlicher Form in Aussicht genommen; das Politische Departement und der Vizekanzler für Information werden den Text bereinigen und ihn in deutscher und französischer Sprache den Journalisten abgeben, damit alle Nuancen in der Uebermittlung richtig zum Ausdruck kommen. Das der Presse um 18 Uhr abgegebene Communiqué lautet in deutscher und französischer Sprache wie folgt:

- 2 -

"In seiner Sitzung vom 18. September hat der Bundesrat beschlossen, über den Schweizerischen Kurzwelldienst in englischer, französischer und arabischer Sprache an alle in Jordanien Kämpfenden den nachstehenden Appel zu richten:

Die gegenwärtigen Verhältnisse bringen es mit sich, dass die vom FPLP zurückgehaltenen Geiseln sich in grosser Gefahr befinden. Dabei geht es um das Leben von Menschen, die mit dem Konflikt überhaupt nichts zu tun haben. Die Schweizerische Regierung appelliert mit allem Nachdruck an alle Kämpfenden, damit diese Unschuldigen verschont bleiben und nach Hause zurückkehren können.

Ueberdies sind die Schweizerischen Botschaften in Kairo, Bagdad und Damaskus beauftragt worden, umgehend bei den dortigen Regierungen vorstellig zu werden, um diese zu ersuchen, dahingehend zu wirken, dass die Geiseln aus dem Kampfgebiet entfernt und in einen anderen arabischen Staat verbracht werden, wo der Austausch stattfinden kann. Die Schweizerische Botschaft in Kairo wird in analoger Weise auch bei der Arabischen Liga vorstellig werden.

Schliesslich wird das Politische Departement die Regierungen Frankreichs, Italiens, Spaniens und der Sowjet-Union durch Vermittlung ihrer Botschaften in Bern darum ersuchen, die eben erwähnten Demarchen ihrerseits zu unterstützen.

Diese Massnahmen sind der ständigen Konsultationsgruppe unverzüglich anlässlich ihrer heutigen Sitzung zur Kenntnis gebracht worden."

----

"Dans sa séance du 18 septembre, le Conseil fédéral a décidé d'adresser en langues anglaise, française et arabe, par l'entremise du Service suisse des ondes courtes, l'appel suivant à tous les combattants de Jordanie:

Les circonstances actuelles font que les otages détenus par le FPLP se trouvent en grand danger. La vie de personnes entièrement étrangères au conflit est en cause. Le Gouvernement suisse adresse un pressant appel à tous les combattants pour que ces innocents soient épargnés et puissent regagner leurs foyers.

En outre, les ambassades de Suisse au Caire, à Bagdad et à Damas ont été chargées d'intervenir immédiatement auprès des gouvernements des pays en question pour demander qu'ils s'emploient à faire transférer les otages de la zone des combats dans un autre Etat arabe où l'échange puisse avoir lieu. L'ambassade de Suisse au Caire fera des démarches semblables auprès de la Ligue arabe.

Enfin, le Département politique priera les Gouvernements français, italien, espagnol et soviétique, par l'entremise de leurs ambassades à Berne, d'appuyer ces démarches.

Ces mesures ont été portées sans retard à la connaissance du Groupe consultatif permanent à l'occasion de sa séance d'aujourd'hui."

\* \* \*

21.9.1970 Br/Ba

BUNDESKANZLEI